

Datenschutzerklärung (April 2021)

Wir freuen uns sehr, dass Sie sich bereit erklären wollen, uns Ihre personenbezogenen Daten zur Durchführung von TUCpanel (BWSGB) zur Verfügung zu stellen. Gerade deshalb ist es uns ein großes persönliches Anliegen, Sie fair und transparent über die Datenverarbeitung aufzuklären, so dass Sie über die Verarbeitungsvorgänge und die damit verfolgten Zwecke unterrichtet sind. Darüber hinausgehend möchten wir Sie auch über die Risiken, Vorschriften, Garantien und Rechte im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten informieren und Sie aufklären, wie Sie Ihre diesbezüglichen Rechte geltend machen können.

I. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Der Verantwortliche im Sinne der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist die:

*Technische Universität Chemnitz
vertreten durch den Rektor: Prof. Dr. Gerd Strohmeier
Straße der Nationen 62
09111 Chemnitz, Deutschland
E-Mail: rektor@tu-chemnitz.de
Telefon: +49 371 531-10000
Telefax: +49 371 531-10009
Web: www.tu-chemnitz.de.*

Der gemeinsam mit diesem Verantwortliche ist die:

*TUCed An-Institut für Transfer und Weiterbildung GmbH
vertreten durch den Geschäftsführer: Claus-Peter Held
Reichenhainer Str. 29
09126 Chemnitz, Deutschland
+49 371 909490
claus-peter.held@tuced.de
<https://www.tuced.de>.*

Sollten Sie Fragen bezüglich dieser Datenschutzerklärung oder der damit im Zusammenhang stehenden Datenverarbeitungsvorgänge im TUCpanel (BWSGB) haben oder von den Ihnen gewährten Rechten Gebrauch machen wollen, dürfen Sie sich jederzeit sehr gerne an uns wenden:

*Projekt Studienerfolgsmanagementsystem
Bereich Prorektor für Lehre und Internationales
Straße der Nationen 62
09111 Chemnitz, Deutschland
E-Mail: tucpanel@tu-chemnitz.de
Web: www.tu-chemnitz.de/tucpanel.*

II. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte der Technischen Universität Chemnitz ist:

Gernot Kirchner

Datenschutzbeauftragter der Technischen Universität Chemnitz

Straße der Nationen 62

09111 Chemnitz

E-Mail: datenschutzbeauftragter@tu-chemnitz.de

Telefon: +49 371 531-12030

Telefax: +49 371 531-12039

Web: www.tu-chemnitz.de/rektorat/dsb/.

Der Datenschutzbeauftragte der TUCed ist:

Frank Meinert

Datenschutzbeauftragter der TUCed

Eisenweg 27

09123 Chemnitz

E-Mail: datenschutz@tuced.de

Telefon: +49 371 2677796

Web: www.tuced.de

III. Allgemeine Informationen zur Datenverarbeitung

1. Umfang und Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten beschreibt jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten nur, soweit dies für die Befragungen von TUCpanel (Befragung der berufsbegleitenden Fern- und Weiterbildungsstudiengänge in Kooperation mit der TUCed (BWSGB)) zum Zweck der Einschätzung der subjektiven Studiensituation durch die Studierenden und der Abbildung und Weiterentwicklung der Qualität von Studium und Lehre an der TU Chemnitz und der TUCed innerhalb des Akkreditierungsprozesses (Interne Akkreditierung), sowohl insgesamt als auch studiengangspezifisch, notwendig ist.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt freiwillig und insbesondere für besondere Kriterien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DSGVO regelmäßig nur nach einer vorherigen (ausdrücklichen) Einwilligung der betroffenen Person. In TUCpanel (BWSGB) betrifft dies Gesundheitsdaten im Sinne einer Beeinträchtigung durch (chronische) Krankheit, Behinderung oder Ähnliches sowie Angaben zur Chancengleichheit hinsichtlich Geschlecht, Herkunft, Beeinträchtigung durch (chronische) Krankheit oder Behinderung und gesellschaftlichen Ansichten, die von Ihnen freiwillig angegeben werden. Eine Ausnahme gilt in solchen Fällen, in denen eine vorherige Einholung einer Einwilligung aus tatsächlichen Gründen nicht möglich ist und die Verarbeitung der Daten durch anderweitige gesetzliche Vorschriften gestattet ist.

Zur Durchführung der Befragungen im Rahmen von TUCpanel (BWSGB) werden folgende personenbezogenen Daten verarbeitet:

1. E-Mail-Adresse (nur zur Kontaktaufnahme, wird im Fragebogen nicht abgefragt)
2. Studiengang,
3. ggf. Angaben zu Beeinträchtigung durch (chronische) Krankheit, Behinderung oder Ähnliches
4. ggf. Angaben zu Chancengleichheit hinsichtlich Geschlecht, Herkunft, Beeinträchtigung durch (chronische) Krankheit oder Behinderung und gesellschaftlichen Ansichten.

Die E-Mail-Adressen werden dem Projekt Studienerfolgsmanagementsystem durch das Zentrum für Wissens- und Technologietransfer bereitgestellt. Diese werden in das Online-Befragungssystem EvaSys eingepflegt, um über die Kontaktaufnahme die Teilnahme an Befragungen zur Evaluation zu ermöglichen.

Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig, es besteht keine Auskunftspflicht. Falls Sie zu den abgefragten personenbezogenen Daten keine Angaben machen wollen, können Sie die entsprechende Frage nicht ausfüllen bzw. sich enthalten. Werden in offenen Antwortfeldern Angaben gemacht, die zur eindeutigen Identifikation einer Person führen (sowohl Teilnehmerin/Teilnehmer als auch andere betroffene Personen, bspw. Dozenten), werden diese im Zuge der Auswertung entfernt und die Antwort damit anonymisiert.

Ihre personenbezogenen Daten werden erst dann endgültig gespeichert und stehen uns zur weiteren Verarbeitung bereit, wenn Sie den Fragebogen durch einen Klick auf „Absenden“ am Ende abgeschickt haben. Das Zwischenspeichern des Fragebogens dient lediglich Ihrer

Arbeitserleichterung; zwischengespeicherte, aber nicht abgesendete Daten werden von uns nicht gespeichert bzw. weiterverarbeitet. Durch das Absenden des Fragebogens werden die von Ihnen eingegebenen Daten von Ihrer E-Mail-Adresse und der an Sie vergebenen TAN getrennt, sodass nicht nachvollziehbar ist, von wem die Befragung ausgefüllt wurde.

Weiterhin werden von uns keinerlei IP-Adressen oder Logfiles im Zusammenhang mit TUCpanel (BWSGB) gespeichert/verarbeitet, die eine Rekonstruktion der Identität der betroffenen Person zulassen, so dass lediglich bei der unmittelbaren Durchführung der Befragung bzw. im unmittelbaren Anschluss von einer Pseudonymisierung Ihrer Daten aufgrund der Identifizierungsmöglichkeit über die praktisch mögliche Auswertung von Verkehrsdaten (insbes. IP-Adressen, Logfiles des Webserver) möglich wäre, was mittels technischer und organisatorischer Maßnahmen der TUC aber selbstredend unterbunden und nicht durchgeführt wird. Insbesondere hat die datenerhebende Stelle über EvaSys keinerlei technische Zugriffsmöglichkeit auf IP-Adressen oder Logfiles, um diese den Befragungsergebnissen zuordnen zu können (Zugriffskontrolle). Die Befragung erfolgt damit in der gesetzlich vorgeschriebenen Art und Weise, dass Antworten und Auswertungen keine Rückschlüsse auf Ihre Identität zulassen.

Diese personenbezogenen Daten werden zudem in unserem System gespeichert. Eine Speicherung dieser Daten zusammen mit weiteren personenbezogenen Daten der betroffenen Personen (bspw. aus den Studierendendatenbanken) oder ein Abgleich mit diesen Daten findet nicht statt.

Die von den betroffenen Personen angegebenen personenbezogenen Daten werden primär zur Zuordnung zur Zielgruppe bzw. zu Referenzgruppen (Studiengang) genutzt. Die Angaben zur Hochschulzugangsberechtigung dienen der weiteren Filterung im Fragebogen sowie dem Verständnis des Weges zur Hochschule und etwaigen damit verbundenen Schwierigkeiten beim Einstieg ins Studium oder im Studienverlauf. Die Angaben zur Beeinträchtigung durch (chronische) Krankheit, Behinderung oder ähnliches dienen ebenfalls dem Verständnis von Schwierigkeiten im Studienverlauf und etwaigen Maßnahmen zur Verbesserung des Studiums mit Beeinträchtigung. Die Angaben zur Chancengleichheit hinsichtlich Geschlecht, Herkunft, Beeinträchtigung durch (chronische) Krankheit oder Behinderung und gesellschaftlichen Ansichten dienen der Einschätzung der Situation an der TU Chemnitz und der TUCed und der Anpassung der vorhandenen Maßnahmen bzw. der Entwicklung weiterer Angebote.

Die Befragung und deren Auswertung erfolgen so, dass Antworten und Auswertungen keine Rückschlüsse auf die Identität der befragten Personen zulassen. Die Mindestrücklaufzahl für eine automatische Auswertung der Ergebnisse aus Rating- und Auswahlfragen für einen Bericht in EvaSys ist $n = 5$ Angaben pro Frage. Dies gilt auch für studiengangspezifischen Auswertungen. Antworten auf offene Fragen werden auch bei einem Rücklauf von $n < 5$ ausgegeben. Die gegebenen Antworten auf offene Fragen werden jedoch vor der Bereitstellung der Auswertung ohne Zugriffsmöglichkeit auf andere Antworten aus derselben Befragung anonymisiert. Alle Merkmale werden zudem getrennt voneinander ausgewertet bzw. nur in solchen Kombinationen, dass die Gruppengröße einer Merkmalskombination bei $n > 5$ Personen liegt und somit nicht eindeutig auf eine identifizierbare Person rückgeschlossen werden kann. Weiterhin werden die personenbezogenen Daten nicht mit anderen Quellen (bspw. Studierendendatenbanken) zusammengeführt, sodass eine Identifikation einer Person nicht möglich ist. Die automatisiert erstellten Ergebnisberichte für die Studiengänge und die zentralen Bereiche der TU Chemnitz beinhalten aggregierte Daten bzw. offene Antworten, aus denen jeglicher Personenbezug entfernt wurde (Anonymisierung).

2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der E-Mail-Adressen zur Kontaktaufnahme sowie für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei Beantwortung der Befragung in TUCpanel (BWSGB) ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e), Abs. 3 DSGVO bzw. Art. 9 Abs. 2 lit. g) i.V.m. § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 i.V.m. § 9 Abs. 5 SächsHSFG i.V.m. § 10 SächsHSPersDatVO i.V.m. § 5 Evaluationsordnung der Technischen Universität Chemnitz vom 25. Juni 2019 sowie § 14 SächsStudAkkVO i.V.m. Begründung zu § 14 Musterrechtsverordnung (MRVO).

3. Speicherdauer (Datenlöschung - Speicherbegrenzung)

Die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten werden nur so lange in einer Form gespeichert, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist.

Die Löschung der Online-Befragungsergebnisse im System EvaSys erfolgt frühestens zum Ende des Semesters, in dem die nächste Befragung stattfindet, d. h. für TUCpanel (BWSGB) 2021 zum Ende des Sommersemesters 2022, entsprechend dem 30.09.2022, spätestens zum 31.12.2023; dies betrifft die direkt erhobenen Daten, die über die durchgeführten Befragungen hinterlegt sind und immer wieder als unveränderte Rohdaten abgerufen werden können (entspricht Back-up). Diese Speicherfrist ergibt sich aus der Möglichkeit für Vergleichsberichte zum Bewertungszeitraum des Vorjahres bzw. aus der Projektlaufzeit des Projektes Studienerfolgsmanagement.

Befragungsdaten/Rohdaten, die aus dem System EvaSys zur weiteren Auswertung exportiert wurden, werden jeweils gelöscht nachdem die entsprechende Kohorte ihr Studium durchlaufen hat, maximal 5 Jahre (betrifft die aus EvaSys exportierten Datensätze, die die Auswertungsgrundlage bilden und zu Vergleichsauswertungen mit folgenden Jahrgängen bzw. zur Analyse von Unterschieden in den jeweiligen Kohorten herangezogen werden), dies entspricht für die Durchführung im Sommersemester 2021 dann dem 30.09.2026.

4. Empfänger der personenbezogenen Daten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt nur durch die nachfolgend genannten nat./jur. Personen:

1. Projekt Studienerfolgsmanagement, Bereich Prorektor für Lehre und Internationales, Technische Universität Chemnitz
2. Abteilung 4.1, Evaluation, Dezernat 4 Planung, Statistik, Steuerung
3. Universitätsrechenzentrum, TU Chemnitz
4. EvaSys - Electric Paper Evaluationssysteme GmbH im Rahmen einer Fernwartung als Auftragsverarbeiter i.S.d. Art. 28 DSGVO (gegebenenfalls)
5. Veröffentlichung der anonymisierten Ergebnisberichte gegenüber den Studiengangverantwortlichen und den zentralen Bereichen der TU Chemnitz

Der Zugriff durch die unter Nr. 2, Nr. 3, Nr. 4 genannten nat./jur. Personen erfolgt ausschließlich nach Rücksprache mit dem Projekt Studienerfolgsmanagementsystem. Eine Weitergabe der personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt nicht, ebenso wenig wie eine Übermittlung in ein anderes EU-Land bzw. an ein Drittland oder an eine internationale Organisation.

5. Datenschutzfolgenabschätzung

Eine Datenschutzfolgeabschätzung ist für die Datenverarbeitungsvorgänge im Rahmen des TUCpanel (BWSGB) nicht erforderlich, da diese voraussichtlich kein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge haben.

Insbesondere wird im Rahmen dieser Datenverarbeitungsvorgänge

- keine Bewertung oder Einstufung der betroffenen Personen (in Form einer Erstellung von Profilen und Prognosen) auf Grundlage von Gesundheit, persönlichen Vorlieben und Interessen oder dem Verhalten vorgenommen,
- keine automatisierte Entscheidungsfindung mit Rechtswirkung oder ähnlich bedeutsamer Wirkung herbeigeführt,
- keine systematische Überwachung durchgeführt,
- kein Abgleich bzw. keine Zusammenführung von und mit Datensätzen aus anderen Verarbeitungsvorgängen vorgenommen,
- keinerlei Daten von schutzbedürftigen betroffenen Person verarbeitet,
- keine neuartige Form der Datenerfassung oder Datennutzung angewandt und
- keinerlei betroffene Personen an der Ausübung eines Rechts oder der Nutzung einer Dienstleistung bzw. Durchführung eines Vertrages gehindert.

Die Datenverarbeitung findet ausschließlich innerhalb der TU Chemnitz und der TUCed statt und der Umfang der Datenverarbeitung ergibt sich durch die Anzahl der eingeschriebenen Studierenden in den entsprechenden Fachsemester und Studiengängen sowie die Anforderungen der Sächsischen Studienakkreditierungsverordnung (SächsStudAkkVO) bzw. der Musterrechtsverordnung (MRVO). Durch die Auswertung ab einer Gruppengröße von fünf Personen pro Merkmal sowie die Entfernung von Personenbezug aus offenen Antworten kann nur unter Mitwirkung der betroffenen Person ein Rückschluss auf die jeweilige Befragungsteilnehmerin bzw. den jeweiligen Befragungsteilnehmer hergestellt werden, d.h. eine Identifikation der betroffenen Person ist durch die Verantwortlichen allein nicht möglich. Angaben aus offenen Feldern werden für die Auswertung lediglich einem Studiengang zugeordnet. Werden in diesen Feldern Angaben gemacht, die zur eindeutigen Identifikation einer Person führen (sowohl Teilnehmerin/Teilnehmer als auch andere betroffene Personen, bspw. Dozenten), werden diese im Zuge der Auswertung entfernt und die Antwort damit anonymisiert.

6. Datensicherheit

Auch die Sicherheit Ihrer personenbezogenen Daten in unseren Händen ist uns sehr wichtig. Deshalb haben wir unter Berücksichtigung des Stands der Technik, der Implementierungskosten, der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung sowie der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Schwere der mit der Verarbeitung verbundenen Gefahren für die Rechtsgüter der betroffenen Personen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen getroffen, um bei der Verarbeitung personenbezogener Daten ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten. Einschlägige technische Richtlinien und Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sind insoweit berücksichtigt worden. Dies betrifft vor allem den vom BSI zur Verfügung gestellten IT-Grundschutz.

Insbesondere bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 DSGVO haben wir angemessene und spezifische Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der betroffenen Person vorgesehen. Unter Berücksichtigung des Stands der Technik, der

Implementierungskosten und der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung sowie der unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeit und der Schwere der mit der Verarbeitung verbundenen Risiken für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen kann dazu unbeschadet der in den Art. 25 (Datenschutz durch Technikgestaltung und durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen), 32 (Sicherheit der Verarbeitung), 36 (vorherige Konsultation) DSGVO genannten Maßnahmen insbesondere gehören:

1. zu gewährleisten, dass nachträglich überprüft und festgestellt werden kann, ob und von wem personenbezogene Daten eingegeben, verändert oder entfernt worden sind,
2. an Verarbeitungsvorgängen Beteiligte zu sensibilisieren und zu schulen.

Durch die Auswertung ab einer Gruppengröße von fünf Personen pro Merkmal kann nur unter Mitwirkung der betroffenen Person ein Rückschluss auf die jeweilige Befragungsteilnehmerin bzw. den jeweiligen Befragungsteilnehmer hergestellt werden, d.h. eine Identifikation der betroffenen Person ist durch die Verantwortlichen allein nicht möglich. Sollte trotz einer ausreichenden Gruppengröße die Identifikation einer betroffenen Person wahrscheinlich sein, so wird keine Auswertung vorgenommen. Angaben aus offenen Feldern werden für die Auswertung lediglich einem Studiengang zugeordnet. Werden in diesen Feldern Angaben gemacht, die zur eindeutigen Identifikation einer Person führen (sowohl Teilnehmerin/Teilnehmer als auch andere betroffene Personen, bspw. Dozenten), werden diese im Zuge der Auswertung entfernt und die Antwort damit anonymisiert.

7. Gesetzliche/vertragliche Vorschriften zur Bereitstellung von personenbezogenen Daten und Folgen der Nichtbereitstellung

Hiermit informieren wir Sie ferner, dass die Bereitstellung der personenbezogenen Daten regelmäßig nicht gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich ist und Sie regelmäßig nicht verpflichtet sind, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Das Nichtbereithalten Ihrer personenbezogenen Daten hat damit regelmäßig auch keinerlei Konsequenzen/Folgen für Sie.

Vor einer Bereitstellung personenbezogener Daten durch die betroffene Person im oben genannten Sinn können Sie sich jedoch sehr gerne an uns wenden. Wir klären Sie dann im jeweiligen konkreten Einzelfall darüber auf, ob die Bereitstellung der personenbezogenen Daten gesetzlich/vertraglich vorgeschrieben oder für den Vertragsabschluss erforderlich ist. Ebenso klären wir Sie darüber auf, ob eine Verpflichtung besteht, die personenbezogenen Daten bereitzustellen, und welche Folgen die Nichtbereitstellung der personenbezogenen Daten in diesem Falle hätte.

IV. Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie betroffene Person im Sinne der DSGVO, so dass Ihnen die nachfolgend genannten Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zustehen. Die Technische Universität Chemnitz kann jedoch regelmäßig anhand der im Zusammenhang mit dem TUCpanel (BWSGB) von ihr verarbeiteten personenbezogenen Daten eine natürliche Person nicht (mehr) identifizieren und ist auch nicht verpflichtet, zur bloßen Gewährung der Rechte von betroffenen Personen zusätzliche Informationen aufzubewahren, einzuholen oder zu verarbeiten, um die betroffene Person zu identifizieren. Ihnen als betroffene Person steht es aber frei, zusätzliche Informationen beizubringen, die Ihre Identifizierung und damit die Geltendmachung Ihrer Rechte ermöglichen. Um einige dieser Rechte ausüben zu können bzw. uns die Bereitstellung der notwendigen Informationen zu ermöglichen, kann es daher notwendig sein, dass Sie uns gegenüber durch das Nachvollziehen Ihrer Antworten im Fragebogen das Auffinden Ihres Datensatzes ermöglichen müssen. Ohne Mitwirkung durch Ihre Person ist es uns nicht möglich, einen Datensatz einer betroffenen Person zuzuordnen.

1. Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von ihm verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

1. die Verarbeitungszwecke;
2. die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden;
3. die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen;
4. falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer;
5. das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
6. das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
7. wenn die personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen, das heißt der betroffenen Person erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten;
8. das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

2. Recht auf Berichtigung

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie als betroffene Person zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

3. Recht auf Löschung

a) Löschungspflicht, Art. 17 DSGVO („Recht auf Vergessenwerden“)

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden. Der Verantwortliche ist außerdem verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.

Bitte beachten Sie, dass im Falle der Anonymisierung Ihrer Daten kein Personenbezug mehr hergestellt werden, das heißt die Löschung der anonymisierten Daten von Ihnen auch nicht (mehr) veranlasst werden kann.

b) Information an Dritte

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologien und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

c) Ausnahmen vom Recht auf Löschung

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

1. zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
2. zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
3. aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h) und lit. i) sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
4. für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das

- oben genannte „Recht auf Vergessenwerden“ voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
5. zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

1. wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
2. die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
3. der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
4. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in dem oben beschriebenen Sinne eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den oben genannten Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format (u.a. PDF-Format) zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

- die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO beruht und
- die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie insbesondere das Recht, zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit lässt Art. 17 DSGVO („Recht auf Vergessenwerden“) unberührt. Es gilt im Übrigen nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung

einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

6. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet in diesem Falle die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

7. Automatisierte Entscheidung im Einzelfall einschließlich Profiling

Sie haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.

Gemeint ist damit eine Entscheidung – was eine Maßnahme einschließen kann – zur Bewertung von persönlichen Aspekten, die ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruht und die rechtliche Wirkung für die betroffene Person entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt, wie die automatische Ablehnung eines Online-Kreditanspruchs oder Online-Einstellungsverfahren ohne jegliches menschliche Eingreifen. Profiling ist dabei als jede Art der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten zu verstehen, die darin besteht, dass diese personenbezogenen Daten verwendet werden, um bestimmte persönliche Aspekte, die sich auf eine natürliche Person beziehen, zu bewerten, insbesondere um Aspekte bezüglich Arbeitsleistung, wirtschaftliche Lage, Gesundheit, persönliche Vorlieben, Interessen, Zuverlässigkeit, Verhalten, Aufenthaltsort oder Ortswechsel dieser natürlichen Person zu analysieren oder vorherzusagen.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung wird von uns nicht vorgenommen.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen geltende datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt.

Zuständige Aufsichtsbehörde im Freistaat Sachsen ist gem. Art. 51 DSGVO i.V.m. §§ 14 ff. SächsDSGD:

Sächsischer Datenschutzbeauftragter

Andreas Schurig

Devrientstraße 5

01067 Dresden

Internet: www.saechsdsb.de

E-Mail: saechsdsb@slt.sachsen.de

Telefon: 0351/85471-101

Telefax: 0351/85471-109

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

V. Aktualität dieser Datenschutzerklärung

Diese Datenschutzerklärung ist aktuell gültig und hat den Stand von April 2021.